

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einfache Standardzeile 80 Pfennig, Restausgabe 5.- Reichsmark.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 19. August 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau

Leistungssteigerung ohne Lohnerhöhung bedeutet Wirtschaftskrise.

Heute beginnen im Ruhrbergbau Verhandlungen zwischen den Organisationen der Bergarbeiter und den Zechenbesitzern des Ruhrkohlengebiets.

Von allen deutschen Industrien zuerst hat man im Ruhrbergbau die sogenannte Rationalisierung begonnen.

Durch diese Zusammenlegung hat man zunächst eine künstliche Herabsetzung der Kohlenförderung erzeugt.

dah sie nicht nur die Kohlenförderung in den Nachkriegsjahren wieder erreichte, sondern sogar noch überschritt.

Während im Ruhrgebiet die arbeitsmäßige Förderung in 1000 Tonnen berechnet im Jahre 1913 durchschnittlich 378,6 betrug

Bis zum März war also infolge der eingangs erwähnten Maßnahmen die Förderung ganz erheblich herabgedrückt worden.

In diesen Zahlen kommt aber die Leistungssteigerung nicht vollkommen zum Ausdruck.

Im Juni 1926 betrug die Belegschaft des Ruhrkohlenbergbaus nur mehr 366 382 Personen.

Vergleicht man aber die Förderung mit der von 1913, so ergibt sich folgendes Bild:

Table with 3 columns: Year, Tonnage, Percentage. Rows for 1913, 1924, 1925, 1926 (Januar, Februar, März, April, Mai).

Die Leistung der Ruhrbergarbeiter ist also absolut wie relativ ganz erheblich gestiegen.

Die Zechenbesitzer haben immer, ohne Rücksicht auf die Folgen für das Ruhrgebiet selbst und für die Bergarbeiter im besonderen,

Table with 5 columns: Year, Deutscher Bergb. u. H., Harpener Bergb. u. H., Belsenfisch. Bergb. u. H., Wälheimer Bergb. u. H.

Wie man sieht, hatte sich der Ruhrkohlenbergbau trotz der verschiedenen ungünstigen Umstände, die auf dem Kohlenbergbau lasten,

Die Rationalisierung, die im Ruhrkohlenbergbau begonnen wurde, war eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Sie ist aber nur dann durchführbar, wenn mit der Leistungssteigerung einhergeht eine Steigerung der Löhne und somit der Kaufkraft.

Dieser Prozeß hat sich vor dem Kriege in normalen Formen vollzogen. Es ist der Arbeiterschaft gelungen, die technischen Fortschritte durch entsprechende Lohnerhöhungen, wenn auch nur teilweise auszugleichen.

zurückzuführen. In oppositionellen Kreisen wird erklärt, daß Windischgräß, der angekündigt hatte, in der Beruungsverhandlung

Der Enthüller Esküdt verurteilt.

Budapest, 18. August. (W.B.) Der Staatsgerichtshof verurteilte heute den ehemaligen Privatsekretär des verstorbenen

Belgien und Eupen-Malmedy.

Dementi offizieller Verhandlungen.

Brüssel, 18. August. (Agence Belge.) Die belgische Regierung stellt formell die Weidung der Pariser „New York Herald“

Kontinentale Weltbewegung.

Panamerika — Panasien — Panuropa.

Von R. R. Coudenhove-Kalergi.

Das Jahr 1926 ist ein Entscheidungsjahr in der Geschichte der kontinentalen Bewegung

Denn im Jahre 1926 finden drei kontinentale Kongresse von Weltbedeutung statt:

Der Panamerikakongreß fand als Zentenarfeier des ersten panamerikanischen Kongresses statt.

Dieser panamerikanische Kongreß des Jahres 1926 war nicht der Beginn, sondern der Vorläufer der panamerikanischen Bewegung.

Diese Bewegung entwickelte sich langsam. Die Ursache liegt in der relativ dünnen Bevölkerung der amerikanischen Republiken.

Dennoch hat der panamerikanische Gedanke des Friedens und der Solidarität im 20. Jahrhundert einen größeren Zusammenstoß

Das Ergebnis des letzten Panamerikakongresses in Panama war der Beschluß zur Schaffung eines von Genf unabhängigen panamerikanischen Völkerbundes.

Dieser Panamerikakongreß bildet eine neue Etappe auf dem Wege der kontinentalen Emanzipation Amerikas.

Während die panamerikanische Bewegung konservativen und pazifistischen Charakter trägt — ist der Charakter der panasiatischen Bewegung nationalistisch und revolutionär.

Ihr Ziel ist die Freiheit der asiatischen Völker und ihre internationale Gleichberechtigung mit Europäern und Amerikanern.

Da Asien kulturell und historisch von mehreren Kontinenten besteht — Indien, Vorderasien, China, Japan,

Das erste Aufkommen des panasiatischen Solidaritätsgefühls wurde ausgelöst durch die japanischen Siege gegen Rußland.

Dieses Gefühl wuchs während des Weltkrieges, als Europa weltpolitisch Selbstmord beging und alle europäischen Mächte

Der größte Vorkämpfer des panasiatischen Gedankens war Sunjatsen, der Befreier Chinas.

Infolge der Schwächung Chinas ging seit dem Tode Sunjatsens die Initiative der Bewegung auf Japan über.

Das erste praktische Ergebnis dieser Bemühungen ist der erste panasiatische Kongreß, der dieser Tage in Tokio stattfand

Prozess Görtner.

Erklärungen der bayerischen Regierung.

München, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Am 29. Juli hat die sozialdemokratische Fraktion des Bayerischen Landtages in einer kurzen Anfrage von der bayerischen Regierung auf dem raschesten Wege eine vollständige Klärung über die in der Öffentlichkeit erhobenen schweren Vorwürfe gegen bayerische Polizei- und Justizbeamte, insbesondere gegen den bayerischen Justizminister Dr. Görtner gefordert. Die Regierung, gezeichnet Dr. Heib, hat jetzt unter dem 12. August folgende Antwort an die sozialdemokratische Fraktion erteilt:

„Wegen der vom Reichstagsabgeordneten Dr. Paul Levi gegen den bayerischen Staatsminister der Justiz in der Öffentlichkeit erhobenen schweren Vorwürfe, hat der Herr Staatsminister der Justiz unter dem 20. Juli die Strafverfolgung des Reichstagsabgeordneten Dr. Levi und des verantwortlichen Redakteurs des „Vorwärts“ wegen Beleidigung nach dem § 185 und folgende des Reichsstrafgesetzbuchs beantragt. In dem zu erwartenden Strafverfahren werden die gegen den Herrn Justizminister erhobenen Vorwürfe eine gerichtliche Klärung finden. Die bayerische Regierung ist nicht in der Lage, diesem Verfahren in irgendeiner Weise vorzugreifen. Sie hat aber den beteiligten Stellen durch Vermittlung des preussischen Justizministers ihr großes Interesse daran zu erkennen gegeben, daß die gerichtliche Erledigung der Angelegenheit nach Möglichkeit beschleunigt werde.“

Was die gegen bayerische Justizbeamte erhobenen Vorwürfe anlangt, so hat sich in keinem der wegen politischer Morde in Bayern eingeleiteten und durchgeführten Verfahren bisher irgend ein Anlaß zu einem strafrechtlichen oder disziplinarischen Einschreiten gegen bayerische Justizbeamte wegen einer mit diesen Verfahren zusammenhängenden Amtshandlung ergeben. In bezug auf die gegen bayerische Polizeibeamte im Zusammenhang mit den in Frage stehenden Verfahren erhobenen Vorwürfe ist festzustellen, daß die umfassensten Erhebungen in den verschiedenen Verfahren keinerlei Grundlagen gebracht haben, die ein strafrechtliches Einschreiten gegen bayerische Polizeibeamte ermöglichen würde. Die neuerlichen Behauptungen des Reichstagsabgeordneten Dr. Levi haben im übrigen den Staatsanwalt beim Landgericht München I veranlaßt, die in Frage kommenden Vorfälle nochmals eingehend zu prüfen.“

Die Antwort der bayerischen Regierung an die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtages nimmt Bezug sowohl auf den Fall Görtner als auch auf den Gesamtkomplex der Vorwürfe, die im Gemeinderichtsausschuß des Reichstags wie auch in der Öffentlichkeit gegen bayerische Beamte im Zusammenhang mit den politischen Morden in Bayern erhoben worden sind. Es ist streng zu trennen, zwischen dem, was diese Antwort über den Fall Görtner und dem, was sie im allgemeinen sagt. Was den Fall Görtner anbelangt, so wird das von der bayerischen Regierung gewünschte beschleunigte gerichtliche Verfahren sehr bald stattfinden. Eine erste verantwortliche Verantwortung des verantwortlichen Redakteurs des „Vorwärts“ hat am Mittwoch bereits stattgefunden. In der kommenden Hauptverhandlung wird in vollem Umfang der Wahrheitsbeweis für die gegen den bayerischen Justizminister erhobenen Beschuldigungen angetrieben werden. Auf alle Fälle wird diese Verhandlung Klarheiten bringen, die in Bayern bisher fehlten. Es wird dann Sache der bayerischen Regierung sein, Konsequenzen aus dem Gange der Verhandlung zu ziehen.

Wenn die bayerische Regierung erklärt, daß sich in keinem der wegen politischer Morde in Bayern eingeleiteten und durchgeführten Verfahren bisher irgendein Anlaß zu strafrechtlichem oder disziplinarischem Einschreiten gegen bayerische Justizbeamte ergeben habe, so ist dies angesichts der politischen Haltung des bayerischen Justizministeriums nicht verwunderlich.

Die bayerische Regierung geht schließlich auf Beschuldigungen gegen bayerische Polizeibeamte im Zusammenhang mit dem in Frage stehenden Verfahren ein. Es muß festgestellt werden, daß den Amtshandlungen der bayerischen Polizeibeamten im Falle Hartung sowohl vom „Vorwärts“ als auch vom Genossen Levi alle Anerkennung gezollt worden ist, ebenso der Arbeit der Ermittlungsbeamten im Falle Schweikart. Die Erklärung der bayerischen Regierung ist ein Hinweis auf den Kriminalkommissar Glaser. Es ist ein Erfolg der öffentlichen Erörterung, daß die bayerische Staatsanwaltschaft die Vorgänge nochmals prüft. Mit dieser Angelegenheit, mit der Frage, woher Schweikart, der Mörder des Genossen Gareis, seine falschen Pässe erhalten hat, welche Beziehungen zwischen Einwohnerwehr und Polizei, zwischen Gemeinderichtsausschuß des Reichstags in seiner kommenden Tagung sehr gründlich befaßt.

Keine Neuwahlen in Hessen?

Die Folgen der Fälschungen beim Volksbegehren.

Darmstadt, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Der hessische Landesabstimmungs-ausschuß ist seit acht Tagen bei der Arbeit, um die Einzeichnungslisten zum Volksbegehren zur Auflösung des hessischen Landtages zu prüfen. Die von dem Ordnung- und Wirtschaftsausschuß, der sich aus der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Nationalen Volkspartei und dem Hessischen Landbund zusammensetzt, eingereichten Listen haben bis auf wenige nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprechenden. Es fanden sich auf diesen Listen meistens unter Vorspiegelung falscher Tatsachen erschwindelt. Außerdem waren bei vielen Namen die Rubriken durch Striche ausgefüllt, obwohl das hessische Gesetz klare Bestimmungen darüber enthält, daß der Einzeichner eigenhändig alle Angaben zu vollziehen hat. Der Ausschuss glaubte deshalb eine klare Entscheidung nicht fällen zu können, ohne die Auffassung eines Juristen gehört zu haben.

Der Ministerialdirektor des Justizministeriums Dr. Schwarz erbat am Mittwoch über alle Streitfragen ein derartiges juristisches Gutachten und kam zu der Auffassung, daß die gesetzlichen Bestimmungen nicht in der von dem Landesabstimmungsrichter Ministerialrat Bornemann geübten weitherzigen Weise ausgelegt werden dürfen. Der Gutachter vertritt den Standpunkt, daß Einlagebogen nach dem hessischen Gesetz nicht zulässig sind und nachträglich abgestellte Mängel an Unterschriften nicht die Gültigkeit derselben herbeiführen. Der Ausschuss schloß sich dem Gutachten an.

Rußlands innere Krise.

Stalin gegen die Sowjetbureaucratie.

In Rußland ist zweifellos der Stein ins Rollen gekommen. Die immer schärferen Differenzen in der kommunistischen Partei zeugen von den starken Spannungen, die die Wirtschaftsentwicklung des Landes zur Folge hat. Die Diktatur wird durch den Druck der Tatsachen gezwungen, schließlich doch Rede und Antwort zu stehen. Sie muß gegen ihren eigenen Willen in der Auseinandersetzung mit der Opposition die Entwicklung eines selbständigen politischen Lebens in der Bevölkerung fördern. Das zeigt schon die Ergebnisse der letzten Sowjetwahlen, die Parole der Sowjetdemokratie, die eine Verbeugung vor dem Bauerntum bedeutet. Jetzt veröffentlichten Rykow, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, Stalin, und Kuibyschew, der Vorsitzende des Volkswirtschaftsrats, einen gemeinsamen Aufruf über die bisherigen Ergebnisse der Sparkampagne. Der Aufruf ist die politische Antwort auf das Auftreten der Opposition. Fast im Stille der oppositionellen Kommunisten beschuldigen die drei Hauptführer der KPR, die Behörden und Wirtschaftsmänner, daß die Rationalisierung (Sparkampagne) sich in vielen Fällen gegen die Arbeiter richtete, denen alle möglichen materiellen und sozialen Vorteile aus Sparmaßnahmen genommen würden, während in den Bureaus zuviel Angestellte seien die Autos fahren, Reiseluxus trieben und auf alle mögliche Weise sich Sonderprivilegien sichern. Es sei notwendig, die Mittel zur Weiterentwicklung der Industrie durch Ersparnisse von mindestens 300—400 Millionen am Wirtschaftsapparat herauszuwirtschaften. Man könne diese Ersparnisse nicht durch neue Belastung der Bauern, aber auch nicht durch Befastung der Arbeiter gewinnen. Das Manifest der drei russischen Führer gibt keine Einzelwege an, wie dieses Programm verwirklicht werden soll, nachdem über die Sparkampagne ein halbes Jahr lang ohne Erfolg nur geredet worden ist. Das Manifest zeigt aber die starken Schwierigkeiten der politischen und wirtschaftlichen Lage der Diktatur, die jetzt gezwungen wird, sich gegen die Hauptträger ihrer Herrschaft, die Sowjetbureaucratie, zu wenden.

Politik in der Armee verboten!

Moskau, 18. August. (Rd.) Das Militärkommando des Lenin-Grader Gouvernements hat unterjagt, in den Truppenteilen der Roten Armee Versammlungen, Referate und Vorträge zu veranstalten. Das Verbot wird auf die von der Opposition in der Armee geführte Agitation zurückgeführt. Wie bekannt wird, sind innerhalb der Roten Armee besondere politische Gruppen entstanden, deren Tätigkeit jetzt Anlaß zum Einschreiten der obersten Militärbehörde gegeben hat.

Neue Kegergerichte.

Die Diktatur als Schutzschild für die Bourgeoisie.

Dem offiziellen Ausschluß Ossowski aus der kommunistischen Partei Rußlands ging in der „Pravda“ die Veröffentlichung eines Artikels von Wierundzwanzig (!) Spalten voraus. Auf den 24 Spalten wird Ossowski gründlich geschlagen. Leider lernt man den Originaltext des von Ossowski in der Zeitschrift „Bolschewik“ veröffentlichten Artikels nicht kennen. Aber einige Zitate zeigen doch die Tendenz der Gedankengänge dieses Mannes, der von der „Pravda“ — ob mit Recht oder Unrecht, können wir nicht kontrollieren — als der schlimmste Vertreter der Opposition bezeichnet wird, der das sage, was zu sagen die anderen zu vorsichtig seien. Ossowski steht in seinem Artikel offenbar auseinander, daß bei dem sozialen und wirtschaftlichen Charakter des Sowjetstaates die kommunistische Partei als einzige führende Partei in eine schwierige

Situation gerate, weil sie die politische und moralische Verantwortung für eine Politik übernehmen müsse, die der Natur der Sache nach nicht nur die Klasseninteressen des Proletariats, sondern auch die Klasseninteressen anderer Schichten, auch des Bauerntums und des Bürgertums vertrete. Schon Lenin habe festgestellt, daß Rußland nicht ein Arbeiterstaat, sondern ein Arbeiter- und Bauernstaat sei. Das Bauerntum habe über den Vorzug, daß es gegenüber der kommunistischen Partei die Möglichkeit freier Kritik habe, während die Arbeiterchaft in ihrer Kritik durch die moralische Verantwortung der KPR gebunden sei. Die „Pravda“ zitiert aus dem Aufsatz Ossowskis folgende Stellen:

„Es muß hier an die Worte Lenins auf dem 8. Rätekongress erinnert werden, daß unser Staat nicht ein Arbeiter-, sondern ein Arbeiter- und Bauernstaat ist. Die Leninische Definition, Arbeiter- und Bauernstaat hat zur Voraussetzung das unvermeidliche Vorhandensein einer ganz bestimmten Distanz, in der sich das Proletariat und bis zum gewissen Grade auch das Bauerntum von diesem Staate befindet. Versuche, diese unweigerlich existierende Distanz zwischen dem Arbeiter- und Bauernstaat und dem Proletariat künstlich zu verschleiern, müssen für die proletarische Revolution katastrophale Folgen haben. Solche Versuche würden nur im Interesse derjenigen Klassen liegen, die im Gange der objektiven geschichtlichen Bedingungen nicht in der Lage waren, das Erbe des alten bankrotten Systems selbst zu übernehmen, und die jetzt dieses Erbe antreten möchten, und dabei die reiche angeammelte organisatorische Erfahrung des Proletariats ausnutzen möchten. Für diese Klassen muß es angenehm sein, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt das wirkliche Antlitz der Volkswirtschaft und des Staates zu maskieren, indem sie ihn hundertprozentig sozialistisch oder wenigstens beinahe ganz sozialistisch nennen („soll er sich doch so nennen lassen“), um auf diese Weise die Wachsamkeit des Proletariats einzuschläfern und sich selber derweil zu ihrer neuen geschichtlichen Aufgabe vorzubereiten.“

Ossowski zieht aus dieser Analyse der sowjetrussischen Situation den Schluß, daß gegenüber der offiziellen Staatspolitik die kommunistische Partei eine größere Bewegungsfreiheit haben müsse. Infolgedessen ist nach ihm die Zulässigkeit von Gruppierungen und Fraktionen innerhalb der KPR gegeben. Er verlangt die Legalisierung der Opposition, er rechnet schließlich mit der Möglichkeit zweier kommunistischer Parteien. Hier trifft ihn der ganze Jorn der „Pravda“, der es natürlich nicht schwer fällt, nachzuweisen, daß die Konsequenz einer solchen Analyse die Legalisierung auch anderer, mindestens sozialistischer Parteien und damit der Übergang von der Diktatur zur Demokratie sei. Und die Demokratie, das ist für die Gläubigen der „Pravda“ der Untergang der Welt! Das Auftreten Ossowskis zeigt aber, wie die sozialen Spannungen immer stärker auf die politische Partei drücken. Mit dem bloßen Hinauswerfen unbehaglicher Elemente werden die Diktatoren das russische Problem nicht lösen.

Ossowski hat schon früher aufgemerkt.

Moskau, 17. August. (DE.) Ueber den toden wegen Veröffentlichung oppositioneller Artikel aus der kommunistischen Partei ausgeschlossenen Ossowski teilt die „Pravda“ mit, daß dieser sich 1917-18 in Berlin aufgehalten und damals zum linken Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratie gehört hat. Ossowski ist schon früher als sehr rebellisches Parteimitglied unliebar aufgefallen und hat zum Beispiel 1924 von der Zentralkontrollkommission einen scharfen Verweis bekommen. Die „Pravda“ bemerkt zu diesem Falle, daß die Maßregelung Ossowskis für alle Schwankenden eine juchbare Warnung sei.

Durch diesen Beschluß dürfte es sehr zweifelhaft werden, ob noch die gesetzlich vorgeschriebene Zahl von Unterschriften für ein Volksbegehren vorhanden ist. Die Vertreter des Ordnungsblochs scheinen auch selbst nicht mehr an den Erfolg ihrer Aktion zu glauben. Sie betreiben im Ausschuss eine Verschleppungspolitik und beantragen, daß von anerkannten Staatsrechtlern weitere juristische Gutachten eingeholt werden sollten, da nach ihrer Meinung das Gutachten des Ministerialdirektors Dr. Schwarz allein nicht ausreichend sei. Der Ausschuss nahm diesen Antrag einstimmig an. Außerdem wurde der Landesabstimmungsleiter beauftragt, die nun noch auf Grund der gefassten Beschlüsse vorhandene Zahl der gültigen Unterschriften festzustellen. Der Ausschuss vertagte sich dann auf unbestimmte Zeit.

Das Bauprogramm der Reichsregierung.

Die Reichsregierung hat am Mittwoch im Wohnungsausschuß des Reichstags ihre Gedankengänge für ein neues Wohnungsbauprogramm für die nächsten drei bis fünf Jahre vorgetragen. Ministerialrat Dr. Bötz vom Reichsarbeitsministerium gab zunächst einen kurzen Rückblick über die Verhandlungen zur Schaffung eines zusätzlichen Wohnungsbauprogramms für dieses Jahr und wies dann darauf hin, daß das Reichsarbeitsministerium schon Anfang 1926 zur Finanzierung des Wohnungsbaues auf den Anleihemarkt hingewiesen habe. Man habe jedoch diesen Plan in den Wirtschaftskreisen aufs schärfste bekämpft. Die Arbeitsbeschaffung, die jetzt eingeleitet worden sei, bringe zwar auch Hochbauarbeiten, die besonders von der Reichsbahn und der Post durchgeführt werden, in der Hauptsache jedoch nur Arbeitsgelegenheit beim Tiefbau. Deshalb muß zur Befähigung der Arbeitslosigkeit zu dem bisherigen Arbeitsprogramm ein Wohnungsbauprogramm hinzutreten. Dieses Bauprogramm werde die Regierung vor dem Zusammentritt des Reichstags vorlegen.

Die Finanzierungsfrage ist in der Beratung des Unterausschusses einstweilen noch offengelassen worden. Grundsätzlich ist man sich darüber einig, daß die größten Teile des Bauprogramms, d. h. in erster Linie die 150 000 zusätzlichen Wohnungen für die neuen Familien, aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren sind; der Rest des jährlichen Bauprogramms dagegen durch Anleihen. Die Zinsverbilligung soll ebenfalls aus öffentlichen Mitteln bestritten werden. Zur Tragung der Finanzlast des Wohnungsbauprogramms sollen die Länder gleichmäßig herangezogen werden, was bisher nicht der Fall war. Das Programm selbst will man so elastisch gestalten, daß man mit ihm in Zeiten wirtschaftlicher Depression in die Breche springen kann. Das wäre auch deshalb empfehlenswert, weil in der Krisenzeit leichter Geld für den Wohnungsbau zu haben ist. In die Durchführung des Wohnungsbauprogramms soll dann ganz ähnlich das Programm der öffentlichen Bauten von Fall zu Fall eingeschoben werden, wenn die Entwicklung auf dem Wohnungsbau etwas nachläßt. Seht die Entwicklung wieder ein, dann sollen die öffentlichen Bauten eine zeitlang liegen bleiben. Die dadurch entstehenden Spesen kann der Staat eher tragen als der private Bauherr. Schließlich will man die Wohnungsbauarbeiten so über das ganze Jahr verteilen, daß nicht in bestimmten Monaten eine übergroße Häufung entsteht und die Baupreise in die Höhe getrieben werden.

Abgeordneter Silber Schmidt (Soz.) stimmte dem Programm, das der sozialdemokratischen Initiative entspricht, grundsätzlich zu. Er betonte, daß nicht nur durch Kapitalisierung und Rationalisierung, sondern auch durch die ganze Anlage des Finanzplans der Wohnungsbau so verbilligt werden müsse, daß die Mietten der Reuwohnungen sich denen der Altmietwohnungen nähern und nicht umgekehrt, wie das von den Hausbesitzern angestrebt wird. Silber Schmidt lehnte jede Mietssteigerung ab und setzte sich dafür ein, daß die Hauszinssteuer auf das für die Finanzierung des Wohnungsbaues notwendige Maß herabgesetzt wird. Von der Landwirtschaft forderte er, daß auch sie bei der Hauszinssteuer zur Finanzierung des Wohnungsbaues und einstweilen auch zum allgemeinen Finanzbedarf wie die anderen Berufsgruppen beitrage. Es gehe nicht an, daß ausgerechnet leistungsstarke Bevölkerungsschichten von Lasten befreit werden, die im Interesse der Allgemeinheit getragen werden müssen.

Kürzung der Waisenrenten?

Während Waisenrenten aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung bisher allgemein bis zum 18. Lebensjahr der Waise gezahlt wurden, ist durch Gesetz vom 25. Juni 1926 die Altersgrenze für den Regelfall auf das vollendete fünfzehnte Lebensjahr herabgesetzt worden. Erhält aber eine rentenberechtigte Waise über dieses Alter hinaus Schul- oder Berufsausbildung, so wird die Rente auch für diese Zeit gewährt, jedoch nicht über das vollendete einundzwanzigste Lebensjahr hinaus. Ist ferner das Kind infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen außerstande, sich selbst zu erhalten, so wird die Rente gewährt, solange der Zustand dauert.

Diese neuen Bestimmungen gelten jetzt für die Unfall-, Invaliden- und Angestelltenversicherung. Sie sind gegenüber den früheren Vorschriften in der Invaliden- und Angestelltenversicherung eine erhebliche Verschlechterung. Trotz des energischen Kampfes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat die bürgerliche Mehrheit des Reichstags diese Verschlechterungen beschlossen.

Die laufenden Renten der über 15 Jahre alten Kinder erlöschen Ende September 1926, wenn nicht umgehend der Antrag auf Weitergewährung gestellt wird. Während die Angestelltenversicherung in ihren Bescheiden über die Einstellung der Rente darauf hinweist, unter welchen Bedingungen der Weiterbezug der Rente möglich ist, unterläßt das die Landesversicherungsanstalt Berlin. Sie teilt einfach unter Hinweis auf das den Rentenbezieher natürlich im Wortlaut unbekanntes neue Gesetz mit, daß Rente nur bis Ende September 1926 gezahlt wird. Das ist ein ganz unbegreifliches Verhalten eines Sozialversicherungsträgers; es muß verlangt werden, daß auch die Landesversicherungsanstalt Berlin in ihren Bescheiden angibt, unter welchen Bedingungen der Fortbezug der Waisenrente nach dem 15. Lebensjahre möglich ist.

Wir haben eingangs auf diese Voraussetzungen hingewiesen. Es ist notwendig, bei Vorliegen dieser Voraussetzungen den Antrag auf Weitergewährung der Waisenrente zu stellen. Dem Antrage ist eine Bescheinigung der Schule oder des Lehrherren (mit Angabe des Berufes, Beginn und Ende der Lehrzeit) beizufügen; liegt Stichtum der Waise vor, so muß das der Arzt bescheinigen.

Gewerkschaftsbewegung

Kein Streik in den Berliner Brauereien. Durch Verhandlungen eine Lohnzulage erreicht.

Nachdem der Streikbeschluss der Brauereiarbeiter vorlag, beschlossen die Tariforganisationen in ihrer gestrigen Besprechung, noch einmal mit den Vertretern der Brauereien in Verbindung zu treten. In einer längeren Verhandlung zwischen den Organisationsvertretern und dem Vorsitzenden des Vereins der Brauereien Berlins und Umgegend erklärte dieser, den Unternehmern einen Vorschlag zu unterbreiten, allen Brauereiarbeitern ab 1. August eine generelle Lohnerhöhung von 1,50 M. pro Woche zu zahlen. Er versprach weiter, dafür einzutreten, daß das Lohnabkommen bis zum 31. Dezember 1926 gelten soll.

Am Nachmittag ging die Antwort der Unternehmer ein, daß sie sich mit dem Vorschlag ihres Vorsitzenden einverstanden erklärten. Sie erklärten sich weiter bereit, die Lohnzulage am kommenden Freitag auszuzahlen; in den Betrieben, wo dies technisch nicht möglich ist, soll die Auszahlung spätestens am Freitag der nächsten Woche erfolgen.

Die Organisationsleitungen und die Lohnkommissionen empfahlen der gestrigen in Büttners Festsaal tagenden stark überfüllten Funktionärerversammlung die Annahme dieses Angebots. In der ausgedehnten, teilweise recht lebhaften Diskussion wurde das Für und Wider des Angebots der Unternehmer reiflich erwogen. Die dann vorgenommene Abstimmung ergab mit 191 gegen 111 Stimmen die Annahme des Angebots. Damit ist der Konflikt mit den Brauereien beigelegt.

Die Warenhausangestellten wehren sich. Sie fordern Weiterzahlung der bisherigen Gehälter.

Bekanntlich besteht für die Arbeiter und Angestellten des Einzelhandels durch die Ablehnung der Abbauschiedsprüche zurzeit kein Lohn- und Gehaltsstarif. Eine Kürzung der Bezüge müßte also mit den einzelnen Arbeitnehmern vereinbart werden und dürfte von Rechts wegen erst dann eintreten, wenn die bisherige Lohn- und Gehaltszahlung mit den Festsetzungen des Arbeitsvertrages aufgefunden ist. Die von der Berliner Einzelhandelsgemeinschaft an ihre Mitglieder herausgegebenen Richtlinien sind auch von dem Warenhaus H. Joseph u. Co., Neudörfel, Berliner Straße 51/56, befolgt worden. Auch diese Firma hat sich nicht geschert, den Arbeitnehmern als einzigen Protest gegen die zu Unrecht erfolgende Lohnkürzung die Kündigung zu empfehlen.

Die gut organisierten Arbeitnehmer haben es nicht veräußert, gegen die unbillige Kürzung ihrer Bezüge Protest zu erheben. Zwischen der Firma und dem Verbands- und lönne dem Arbeiterrat haben bereits Besprechungen stattgefunden, die jedoch noch zu keinem Ergebnis geführt haben. Nunmehr verlangen auch die Angestellten, daß Verhandlungen eingeleitet werden, in denen der Zentralverband der Angestellten gemeinsam mit dem Angestelltenrat der Firma die Forderungen der Angestellten auf Weiterzahlung der alten Gehälter unterbreiten werden. Die Angestellten sind fest entschlossen, ihre berechtigten Forderungen mit allem Nachdruck durchzuführen. Eine sehr gut besuchte Belegschaftsversammlung, die am Dienstag stattfand und in der zu diesen Lohn- und Gehaltsfragen Stellung genommen wurde, schloß eine Entschließung im Sinne der Beibehaltung der bisherigen Gehälter, die den BdA. und den Verbandsbund zu Verhandlungen mit der Firma H. Joseph u. Co. beauftragt.

Einstellung von Arbeitskräften für Kanalbauten.

Beim Reichsverkehrsministerium gehen zahlreiche Gesuche um Einstellung bei den geplanten Kanalbauten ein. Es wird darauf hingewiesen, daß derartige Gesuche von Angestellten an die Wasserbauverwaltungen bei den zuständigen Oberpräsidenten, die Gesuche von Arbeitern an die örtlichen Wasserbauämter zu richten sind.

Gegen die Freizügigkeit der Landarbeiter.

Was die Reichsbahndirektion Königsberg verfügt.

Ende 1924 übermittelte die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft ihren Direktionen die Aufforderung, die aus der Landwirtschaft zur Reichsbahn gekommenen Arbeiter zu entlassen. Dieses Vorgehen forderte den Protest des Deutschen Landarbeiterverbandes heraus. Mit dem Ergebnis, daß im Reichsarbeitsministerium eine Besprechung stattfand, bei der von allen behördlichen Vertretern, auch von dem Vertreter der Reichsbahn, das Recht der Landarbeiter auf Freizügigkeit anerkannt und sein Schutz zugesagt wurde. Der Reichsbahn wurde empfohlen, ihre Direktionen in diesem Sinne anzuweisen. Um künftige Differenzen zwischen Reichsbahn und Landwirtschaft zu vermeiden, wurde angeregt, daß die Reichsbahn ihre Oberbauarbeiten (Streckenbau und -unterhaltung) auf das ganze Jahr verteilen möge. Eine derartige Regelung läge im volkswirtschaftlichen Interesse. Es wäre dann möglich, daß Arbeiter in der arbeitsarmen Zeit der Landwirtschaft bei der Reichsbahn beschäftigt werden könnten und umgekehrt.

Trotzdem leistete sich die Reichsbahndirektion in Königsberg i. Pr. die folgende Verfügung, die der „Ostpreussische Landbote“ in Nr. 31 veröffentlichte:

„Bei der Annahme von Arbeitern sind auf Verlangen der Reichsbahndirektion die einheimischen, besonders aber die in der Gegend der Arbeitsstellen wohnenden geeigneten Arbeitsucher, vorweg von den Unternehmern zu berücksichtigen.“

Der Unternehmer darf nur solche Leute beschäftigen, die für die ordnungsmäßige Ausführung ihrer bisherigen Arbeits- und Mietverhältnisse den Nachweis erbringen. So muß der Unternehmer vor Annahme des betreffenden Arbeiters die Verhältnisse bei Lösung des letzten Arbeitsverhältnisses einer eingehenden Prüfung unterziehen. Vorwiegend sind entlassene Heeresangehörige zu berücksichtigen.

Arbeiter, die in den letzten zwölf Monaten in einem landwirtschaftlichen Betrieb der Provinz Ostpreußen beschäftigt waren, dürfen nur dann angenommen werden, wenn die Ortspolizei des Wohnortes oder in Ermangelung eines solchen, des letzten Aufenthaltsorts bescheinigt hat, oder der Beweis erbracht ist, daß dessen Beschäftigung bei dem Umbau der Bahnanlagen in Königsberg i. Pr. Bedenken nicht entgegensteht.“

Also, der industrielle Arbeiter kann eingestellt werden, sobald er die ordnungsmäßige Ausführung des alten Arbeitsverhältnisses nachweist. Der Landarbeiter aber nur dann, wenn er seit mindestens zwölf Monaten keine Arbeit in der Landwirtschaft verrichtet hat. Das ist eine völlig unhaltbare verfassungswidrige Einstellung, die es erklärlich erscheinen läßt, wenn auch jetzt von den landwirtschaftlichen Unternehmern der Kampf gegen die Freizügigkeit der Landarbeiter wieder aufgenommen wird.

Es ist Pflicht der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft, sofort für die Zurückziehung der erwähnten Verfügung einzutreten und der Reichsbahndirektion in Königsberg auseinanderzusetzen, welche Grenzen in dem Verkehr mit den landwirtschaftlichen Arbeitern zu beachten sind.

In übrigen ist es nicht Sache der Ortspolizei, darüber zu bestimmen, ob der Beschäftigung der Landarbeiter bei dem Umbau der Bahnanlagen in Königsberg in Preußen „Bedenken“ entgegenstehen. Die Reichsbahndirektion hat sich zur Erlangung von Arbeitskräften an die öffentlichen Arbeitsnachweise zu wenden. Diese sind verpflichtet, wegen der zur Auswahl kommenden Arbeitskräfte das Notwendige zu veranlassen.

Die nordwestliche Gruppe in Bedrängnis. Erhöhung der Metallarbeiterlöhne „unerträglich“!

Essen, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Kündigung des Lohn- und Arbeitszeitabkommens für die Metallindustrie nordwestliche Gruppe, die die Betriebe von Hamm bis Düsseldorf umfaßt, hat die Unternehmer bereits zu der Erklärung veranlaßt, daß eine Lohn- und Arbeitszeitsteigerung für die Metallindustrie unerträglich sei. Sie behaupten gleichzeitig, daß die Metallarbeiterverbände eine zehnprozentige Lohn- und Arbeitszeitsteigerung fordern würden, obwohl die Gewerkschaften bisher ihre neuen Lohnforderungen noch nicht bekanntgegeben haben. Ab-

13.—18. Sept.: Internationale gewerkschaftl. Agitationswoche 19. September: Vierteljahrhundertfeier der internationalen Gewerkschaftsbewegung

gehen davon ist die Lage der rheinisch-westfälischen Konzerne durchaus günstig. Infolge der Stilllegung der britischen Eisen- und Stahlproduktion ist zum Beispiel eine sehr erhebliche Steigerung der Auftragsgänge zu verzeichnen.

Ob die Löhne für die Arbeiterfamilien erträglich sind, das hat die Unternehmer noch nie befürchtet.

Jetzt wird nicht mehr stillgelegt.

Duisburg, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Stahltrust wird Anfang der nächsten Woche das alte Universal-Walzwerk der Firma Thyssen in Betrieb nehmen. Es werden 100 Arbeiter neu eingestellt. Die Wiedereröffnung des seit Jahren stillliegenden Werkes ist auf den Eingang umfangreicher Aufträge zurückzuführen, die in den bisherigen Betrieben nicht bewältigt werden können.

Bei der Brückenbauabteilung Sterkerade der Gute-Hoffungs-Hütte wurden infolge neuer Auslandsaufträge wieder Arbeiterentstellungen vorgenommen. Die Belegschaft ist für längere Zeit wieder voll beschäftigt.

Heute Verhandlungen im englischen Bergbau.

Die Sammlungen jetzt besonders notwendig!

London, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Die englischen Regierungskreise sind überrascht, weil die Exekutive der Bergarbeiter sich ohne Vermittlung der Regierung direkt mit den Unternehmern in Verbindung gesetzt hat. Die erste Zusammenkunft findet am Donnerstag nachmittag statt. Der Optimismus der Abendblätter, die an eine rasche Lösung glauben, erscheint nicht gerechtfertigt, da die Unternehmer auf ihre bisherigen Forderungen der acht Stunden und distriktsweisen Regelung noch nicht verzichtet haben.

London, 18. August. (W.B.) Die Bergwerksgesellschaft, die Organisation der Grubenbesitzer, hat eine Sitzung ihres Zentralausschusses einberufen, um über den von dem Bergarbeiterverband gemachten Vorschlag zur Abhaltung einer gemeinsamen Sitzung morgen nachmittag zu beraten. — Premierminister Baldwin ist heute nach London zurückgekehrt.

Bergarbeiterstreik in Polnisch-Oberschlesien?

Warschau, 18. August. (E.P.) Da in Polnisch-Oberschlesien die Kohlenindustriellen Lohnforderungen der Arbeiterschaft ablehnten, erklärt der Sekretär des Zentralverbandes der Bergarbeiter-gewerkschaften, Abg. Stanogul, daß gegenwärtig in Gewerkschafts-kreisen über die Proklamation des Generalstreiks für den ganzen polnischen Bergbau verhandelt werde.

Erbitterung der Postangestellten in Oesterreich.

Wien, 18. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Postgewerkschaft hat am Mittwoch an den Bundeskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem auf die wachsende Erbitterung der Postangestellten hingewiesen und der Verminderung darüber Ausdruck gegeben wird, daß die Regierung den geforderten Verhandlungen bisher

ausgewichen ist. Die Organisation verlangt, daß der Bundeskanzler am 19. oder 20. August nach seiner Rückkehr nach Wien sofort in Verhandlungen eintritt.

Neue Tagung des Anglo-Russischen Komitees.

Moskau, 17. August (Dft-Expres). In den heutigen Blättern macht der Zentralrat der Gewerkschaften bekannt, daß er dem Generalrat der englischen Gewerkschaften vorgeschlagen hat, zum 20. August eine Sitzung des Anglo-Russischen Komitees in Berlin stattfinden zu lassen und daß der erste Punkt der Tagesordnung die Frage der Unterstützung der streikenden englischen Bergarbeiter sein soll. Das Scheitern der Verhandlungen bei der kürzlich stattgefundenen Sitzung des Anglo-Russischen Komitees in Paris wird hier auf das Schuldkonto der Engländer gesetzt. In einer Sitzung des Zentralrats der Gewerkschaften berichtete der Referent, daß von russischer Seite in Paris alles getan worden sei, um die Frage der Unterstützung der Bergarbeiter auf die Tagesordnung zu setzen und zu besprechen, daß aber die englischen Delegierten des Generalrats der Gewerkschaften unter dem Hinweis auf mangelnde Vollmachten dies strikt abgelehnt hätten.

Die Unerschämtheit, mit der die Kommunisten auftreten, geht schon so weit, daß sie die Zurückweisung ihrer Einmischung in die Verfassung der englischen Gewerkschaften, an die die Delegierten des Generalrats der englischen Gewerkschaften selbstverständlich gebunden sind, den Engländern öffentlich als Schuldkonto ankreiden.

Moskau diktiert! Wer sich nicht unbedingt fügt, verzehrt sich seine Lust.

Zur Arbeitslosigkeit in Leningrad.

Die Schlussfolgerung aus dem in gestrigen Abendblättern des „Vorwärts“ veröffentlichten „Trub“-Bericht über die Arbeitslosigkeit in Leningrad ist insofern unzutreffend, als es sich bei der angegebenen Zahl der 213 900 Arbeitnehmer lediglich um die in den Industriebetrieben beschäftigten Arbeitnehmer handelt. Die Gewerkschaften zählten am 1. Oktober im Bezirk Leningrad 600 000 Mitglieder. Der Prozentsatz der registrierten Arbeitslosen beträgt also keineswegs nahezu zwei Drittel der Arbeiterschaft.

Achtung Bauarbeiter! Die Sperre über die Arbeiten der Fabrikfirma Pieper u. Co., Sansibar, Ede Lüderichstraße, bei der Baufirma Kaufke ist aufgehoben. Deutscher Bauarbeiterbund, Bauergewerkschaft Berlin, Freie Vereinigung der Steinträger Berlins.

Verband der Maler und Lackierer.

Zetrieberät, Vertrauensleute und Bezirksleiter: Heute, Donnerstag, abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Charlottenstr. 24-26, Saal 1, Funktionär-sammlung. Die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben, Disziplin und Arbeitslohn.

Freie Gewerkschaftenjugend. Heute, Donnerstag, abends 7½ Uhr lesen die Gruppen: Mitter, Neue Adnachts, 21. Sing- und Spielabend — Riesenberg: Jugendheim Parkstr. 10, Freie Stunden, — Adenid: Jugendheim Grünauer Str. 3, Lustige Geschichten, — Tempelhof: Jugendheim Germaniastr. 4-6, Aus Sturm und Drang der Arbeiterbewegung, — Schöneberg: Jugendheim Weidenberger Str. 66, Vortrag: Der Aufbau der freien Gewerkschaften, — Gesundbrunnen: Jugendheim Gaißhauer Str. 2, Lustiger Abend: „Alles geht mit“, — Spandau: Jugendheim Lindenstr. 1, Wir gehen ins Grüne, (Bedenkung miltbringen), — Köpenick: Stadt, Jugendheim Bremer, Ede Welfenstr. Wir spielen auf unserer Flak, — Es spielen die Gruppen: Oberhanselweide: Metallarbeiter-Sportklub an der Oberförsterei; Kreuzberg: Volkspark Besenheide; Köpenick: Auf dem Weg an der einheimen Topoi; Treptow: Treptower Park, Wille 2.

Jugendgruppe des BdA. Heute, Donnerstag, abends 7½ Uhr: Vbl. Treptow: Jugendheim Schule Wilmersbrucher, 34 (Rindberghof), Arbeitsgemeinschaft, — Vbl. Germania: Jugendheim Pöbelschtr. 34, Vortrag über „Demokratie“.

Achtung, Bauarbeiter! Heute nachmittags 5 Uhr im Dresdener Hof, Dresden Str. 92, Bauarbeiterversammlung. Nachhaken, die noch nicht im Besitz von Sammelkarten ausgeben der englischen Bergarbeiter sein sollten. Können solche durch ihre Delegierten in der Versammlung in Empfang nehmen.

Bergarbeiter und Silberarbeiter. Die am Freitag, den 21. August, veranstaltete Versammlung findet ab dem Dienstag, den 24. August, nachmittags 5 Uhr in Dringens Hofstr. 10, Saal, die Entscheidung über den im Schlichtungsausschuss gefällten Schiedspruch. Wie in der Besondere beschäftigten Mitglieder der freien Gewerkschaftsorganisationen haben sich durch Mitgliedsausweis zu legitimieren. Die Vorstandslitung.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: Kurt Göttrass; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Sozialisten: Dr. John Schifano; Sozialisten und Sozialisten: Fritz Korbitt; Anarchisten: Th. Glade; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, Sierus 1 Beilage, „Unterhaltung und Witz“ und „Kronleimmer“.

Dr. Bernard's Buchenerwein
gesetzlich geschützt. — Seit länger als 60 Jahren als Vorbeugungsmittel erprobt und bewährt bei:
Tuberkulose, Keimcellen, Bronchialkatarrh, Husten, Asthma, Magen- und Darmkrankungen
Erstaunliche Hebung des Appetits und des Körpergewichts! Besserung des Allgemeinzustandes. Abnahme des Hustens.
Originalflasche M. 2.50 Fünf Flaschen (eine Kur) M. 12.50. Porto und Verpackung frei.
Zu haben in allen Apotheken, wo nicht: Einhorn-Apotheke, Berlin SW 19, Kurstr. 34, Spittelmarkt. — Gegründet 1858.
Bestandteile: Destillat des Buchenerweins 1.6, Alkohol 22.6, Enzian 4.0, Pomeranzenschale 4.0, Weißw. 1.50, Sirup 43.0 p.

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und trotzdem billig!

Haupt- u. Schlussziehung
unwiderruflich 26.-31. August
Kampfspiel-Lotterie
38 640 Gewinne mit 2 Prämien im Werte von Mark
412 000
Höchstgewinn auf ein Doppellos im Werte von Mark
200 000
Höchstgewinn auf ein Einzellos im Werte von Mark
10 000
2 Haupt- im Werte von je Mark
60 000
2 Prämien im Werte von je Mark
40 000
u. u. u.
Einzellos M. 1.— Doppellos M. 2.—
Porto und Liste 30 Pf. extra.

Glücksbriefe mit 3 Losen aus verschiedenen Tausenden 5 Mark
Glücksbriefe mit 10 Losen (5 Doppellosen) einschließlich Porto und Liste 10 Mark

H.C. Kröger A.-G., Berlin W 8
Friedrichstraße 192-193 an der Leipziger Str.
Postcheckkonto Berlin 215

Bei farbiger Wäsche empfiehlt es sich, das **LUX-Bad** bei jeder Farbe zu wechseln



Baumwolle ist widerstandsfähiger als Seide, doch nimmt auch sie leicht Schaden. Selbst die besten Farben leiden durch das Reiben und durch scharfe Waschmittel. / Drücken Sie einfach Ihre farbigen Baumwollkleider durch den reichen, milden LUX Schaum und spülen Sie gründlich nach. / LUX Flocken für Alles, was Wasser verträgt.

Doppelgroße Packung 90 Pfg.
Normal Packung 50 Pfg.



LUX
SEIFENFLOCKEN

SUNLICHT MANNHEIM 3

L 33

Vordem Gewerbegericht.



Das Gewerbegericht hat die Aufgabe, Streitfälle zu schlichten, die sich aus dem Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer ergeben. Die Fälle, die hier zur Verhandlung kommen, liegen meistens so, daß der Arbeiter als Kläger auftritt. Grundlose Entlassung, Nichtzahlung des zustehenden Lohnes, Urlaubsverweigerung oder Nichterhaltung der Kündigungsfrist sind die Gründe für die Klage. Bei den Verhandlungen selbst ergibt sich dann allerdings oft ein ganz anderes Bild. Hin und wieder kommen aber auch Fälle vor, die von dieser Regel ganz erheblich abweichen. Sie machen ein größeres Zeugenaufgebot zwingend und beschäftigen das Gericht in mehreren Sitzungen. Durchschnittlich gelangen aber vor dem Gewerbegericht in der Zimmerstraße täglich etwa 50 Fälle zur Verhandlung; aus dieser reichen Fälle hier einige Einzelfälle.

Ein Maler klagt gegen ein Lichtspieltheater auf Zahlung von 230 R., denn der Besitzer weigert sich, ihm den Arbeitsverdienst auszus zahlen. Der Maler war in einem Kino beschäftigt, das seinen Besitzer wechselte. Auf Jurethen des ersten Besitzers, der ein anderes Kino übernahm, ließ er sich von diesem als Maler engagieren. In dem neuen Kino waren aber Ausbesserungen notwendig, die längere Zeit dauerten. Inzwischen konnte der Maler nicht beschäftigt werden. Als die Spielzeit begann, erklärte der Besitzer plötzlich dem Maler, daß er ihn nicht mehr brauche. Energisch streitet nun der Maler, daß er ihn nicht mehr brauche. Energisch streitet nun der Maler, daß er ihn nicht mehr brauche. Energisch streitet nun der Maler, daß er ihn nicht mehr brauche. Unter lautem Klagen und Schimpfen verläßt der Arbeitgeber den Verhandlungsraum.

Zwei jugendliche Tänzerinnen klagten auf Zahlung von 150 R. Sie waren für einen Monat nach auswärts verpflichtet. Die Gage betrug fünf Mark. Eines Abends aber sind sie plötzlich nach der Vorstellung entlassen worden. Als Grund wird angegeben, sie hätten, als eine Sängerin auftrat, in der Garderobe, hinter der Bühne Lärm gemacht. Ja, der Lärm soll so groß gewesen sein, daß er sogar die Vorstellung gestört habe. Die Klägerinnen streiten nichts ab. Aber sie hätten in der Notwehr geschrien. Sie wären von einer älteren Kollegin, die mit dem Direktor ein Verhältnis unterhalte, geschlagen worden, und nur deshalb hätten sie geschrien. Das Gericht stellte sich in diesem Falle merkwürdigerweise auf den Standpunkt, daß die beiden Tänzerinnen aus diesem Grunde nicht berechtigt gewesen seien, Lärm zu schlagen. Sie hätten bis nach der Vorstellung warten sollen. Ihre Klage wird abgewiesen.

Ein Kellner klagt auf Wiedereinstellung und Zahlung des entgangenen Arbeitsverdienstes. Er war Betriebsrat, und ist fristlos entlassen worden, weil er, wie das beklagte Restaurant angibt, im Restaurationsraum geschlafen hat. Der Kellner erwidert, er habe sich lediglich zu einer Zeit, als keine Gäste im Lokal waren, in einer Ecke an einen Tisch herangelehnt. Seine Entlassung sei erfolgt, weil er Betriebsrat ist. Nach kurzer Beratung wird der Restaurateur zur Wiedereinstellung und Zahlung von 220 R. verurteilt.

Am nächsten Falle klagt ein Schlosser auf Nachzahlung von 21 R. Er habe immer nur Affordarbeit zugewiesen bekommen, bei der er nicht einmal den Mindeststundenlohn verdient hätte. Die Frage, ob ihm der Mindeststundenlohn garantiert worden sei, verneint er. Der Vorsitzende befehlt ihm, daß er dann zwecklos klage, er handle besser, wenn er die Klage zurückziehe.

Dann wird einer der typischen Fälle verhandelt. Ein Transportarbeiter klagt gegen seine frühere Firma auf Wiedereinstellung. Längere Zeit war er krank gewesen, als er die Arbeit wieder aufnehmen wollte, erklärte man ihm, daß er entlassen sei. Unverständlichlicherweise hat er dann bei seinem Austritt einen Schein unterschrieben, den er nicht gelesen hat, auf dem aber steht, daß er mit seiner Entlassung einverstanden ist und keine Ansprüche an die Firma mehr zu stellen hat. Dieser Schein sei ihm, so betont er, so zugeschoben worden, daß er ihn nicht lesen konnte. Doch darauf legt das Gericht keinen Wert: Er habe eben zu lesen, was er unterschreiben soll. Die Klage wird abgewiesen.

Der Betriebsrat ist entlassen worden. Als Grund gibt die Firma an, er hätte in seiner Eigenschaft als Betriebsrat in einer Betriebsversammlung die Arbeiter aufgefordert, weniger zu arbeiten. Insbesondere soll er die Affordarbeiter ermahnt haben, nicht zu schnell zu arbeiten, da sonst die Säge ermüdet werden, wenn die Betriebsleitung einen relativ hohen Verdienst feststellt. Der Betriebsrat streitet ab, zur wenigerarbeit aufgefordert zu haben. Was die Firma behauptet, sei ihr von einem Jutträger hinterbracht worden, der sich aber verheißt haben muß. Beide Parteien nennen Zeugen, die zum nächsten Termin geladen werden.

Anderer Fälle sind sofort erledigt. Weder Kläger noch Beklagte sind erschienen. Manchmal kommt nur der Kläger oder der Beklagte und teilt mit, daß man sich geeinigt habe. Dann wieder erlebt man erregte Auseinandersetzungen, die Parteien stürzen auseinander los und werfen sich Lug und Betrug vor. Es ist hin und wieder nicht leicht, Ruhe zu schaffen. Andere begrüßen sich vor dem Richter mit einem Händedruck und führen unter sich eine Ethingungsverhandlung, wobei dem Vorsitzenden in der Regel die Rolle des Vermittlers zufällt. Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter bringen sich oft einen Vertreter aus ihrer Gewerkschaft mit. Die Praxis lehrt, daß sie gut daran tun, denn jede Gewerkschaft hat einen oder mehrere Angestellte, die sich bei ihren ständigen Vertretungen auf den Gewerbegerichten eine gute Kenntnis der gewerbegerichtlichen Gepflogenheiten und Rechtsprechungen angeeignet haben.

Obwohl vielfach der Arbeiter als Kläger auftritt, so ist er aber keineswegs immer der Gewinner des Prozesses. Ein erheblicher Teil der angestrengten Klagen wird abgewiesen, weil der Kläger sich im Unrecht befindet. Es hält schwer, ihm das klar zu machen, aber die Dinge liegen oft tatsächlich sehr ungünstig für den Kläger. In vielen Fällen hat der Arbeiter ungenügend irgendwelchen Zeital unterschrieben, der ihm den Verlust aller Ansprüche bringt. Zu spät wird die Torheit bemerkt. Vereinbarungen, die mündlich getroffen wurden, streitet der Arbeitgeber meistens ab. Es wäre gut, wenn die Arbeiter bei allen solchen Dingen die Augen ein wenig offener hielten, sie würden sicherlich weiter dabei kommen.

Der Hilferuf.

Kleinigkeiten legen manchmal wie leuchtende Scheinwerfer die Seele einer ganzen Zeit bloß. Es gibt Dinge, denen man begegnet, auf Schritt und Tritt, und die doch in uns kein Echo wecken, weil wir müde und apathisch hindämmern, bis irgendein Aufplötzlich tiefsten Nachhall weckt.

In der Potsdamer Straße, nahe dem Potsdamer Platz, hängt an einem Baum, zerknittert und sehr unbeholfen beschriebenen, ein Zettel folgenden Inhalts: „Tischler, lange arbeitslos, sucht auf diesem Wege Existenzmöglichkeit, gleich welcher Art, da kein Geld mehr zum Inerieren vorhanden.“ Der Zettel ist nicht von gestern. Er ist wohl schon Wochen alt. Tausende eilen vorüber, hier und da streift den Hilferuf der flüchtige Blick eines Menschen, dem Zeit Geld ist und dem die Möglichkeit abgeht, „sentimental“ zu sein. Dieser arbeitslose Tischler, der Schutz vor dem Hungerloch sucht, ist nicht der einzige, dem die Not an der Gurgel sitzt. Er ist ein winziges Teilstück in einem unendlichen Drama. Aber das ist es ja, was den Erschütterung macht: Spiegelbild einer verhärteten Zeit.

Menschen eilen an der Klage des Hungers vorüber. Autos, Straßenbahnen, Omnibusse, dicht besetzt. Es geht ihnen allen, die da fahren und gehen, nicht gut. Und doch sehr gut wiederum. Daß einer so still und so tödlich gewiß ohne viel Lärm verreckt, erfahren sie erst durch eine Dreizeitennotiz der Tageszeitungen. Und bebauern es wohl. Aber dann halten sie weiter. Zum nächsten Fall, der wahrscheinlich im Schiffsalmsee der Millionenstadt ebenso spurlos versinken wird, wie die Geschehe hunderttausend anderer Kleinen und Unbekannten.

Das Perlenhalsband der Kaiserin Jita.

„Die unglückselige Perlenkette.“

Ein merkwürdiges Schicksal hatte eine Perlenkette, die den Gegenstand stundenlang erörterungen vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte bildete. Als sich im Verlauf der Verhandlung ein Sachverständiger über diese Kette äußerte, war das Schlusergebnis seines Gutachtens ungefahr folgende Feststellung:

Der Wert aller Bilder, Möbel, Teppiche oder Brillanten steigert sich für den Verkauf, wenn die Gegenstände aus altem gräflichen oder fürstlichen Besitz stammen. Ihre Richtigkeit beweist die auffallende Tatsache, daß die Kette von einer gerichtlichen perentischen Tagatorin auf 32 000 Mark geschätzt wurde, weil sie aus dem Nachlaß des Grafen Alexander von Borsdorf stammen sollte, und schließlich statt dieses Liebhaberwertes nur einen Realwert von 4000 Mark hatte. Ihren Kreislauf unter allen möglichen für den Verkauf in Betracht kommenden Juwelieren hatte die Perlenkette von einer Gräfin von Borsdorf aus begonnen. Ihre Herkunft gestaltete sich dann immer interessanter und vornehmer. So wurde sie zuletzt als ein Perlenkettler der bekannten Holdame der früheren Kaiserin, der Gräfin Borsdorf, mit der jedoch die erwähnte Gräfin keineswegs verwandt war, oder sogar als ein Perlenhalsband der Kaiserin Jita angepriesen. Trotdem mißlang der Verkauf immer und immer wieder, so daß das ruhelos wandernde Schmuckstück schließlich unter den Berliner Händlern den Beinamen erhielt: „Die unglückselige Perlenkette.“ Endlich wurde die Gräfin an den Fabrikanten Otto Steinborn verwiesen, der ihr auch die Kette für 14 500 Mark abkaufte, aber nur 2000 Mark darauf anzahlte, die er sich von einem gewissen Bodecke geborgt hat. Von dem Rest zahlte er nach längerem Drängen auch nur einige hundert Mark. Das Ende vom Liede war, daß die Gräfin sich betrogen fühlte, und auch der Staatsanwalt nahm an, daß Steinborn mit Hilfe des Bodecke von vornherein darauf ausgegangen sei, die Verkäuferin um den Rest des Kaufpreises zu bringen, da er nie in der Lage gewesen sei mehr als das geborgte Geld abzugeben. In der Verhandlung erklärte dann die Gräfin Borsdorf, die inzwischen einen sehr namhaften Richter geheiratet hat, daß die Kette an einen hiesigen bekannten Industriellen für 9000 Mark verkauft worden ist, von dem sie nur 300 Mark außer der Anzahlung erhalten hätte. Auch dieser hat zuviel bezahlt, weil die Kette in Wahrheit gar keinen Liebhaberwert besitzt. Es stellte sich nämlich in der Verhandlung zur allgemeinen Heberachtung heraus, daß das Perlenhalsband weder der Kaiserin Jita noch der Gräfin Borsdorf gehört hat, sondern einer gut bürgerlichen Freundin der Gräfin, die, ohne daß es der Mann merken

Die Sigurantin.

Roman eines Dienstmädchens von Léon Frapié.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Kunde-Grazia.

Frau Coqueho beeilte sich, mit einem Lächeln, das ihre mütterlichen und etwas spöttischen Augen mit Wasser füllte, zu beantworten, sie hatte immer ein drolliges Abenteuer auf Vorrat: es gehörte zu ihrer Begabung, die Zuhörerinnen zum Lachen zu bringen, um ihnen leichter Willen aufzuschwächen oder die Karten zu legen oder sie zu einem einzelnen Herrn zu bringen.

Sie verfuhr gerade umgekehrt wie Herr Benoit, der die Dienstmädchen einschüchterte, um sich sein Geschäft zu erleichtern.

Und sie hatte in reichem Maße das Glück gehabt, in voller Wirklichkeit auf Personen zu stoßen, die eigens dazu geschaffen schienen, eine endlose Folge gesprochenen Feuilletons zu liefern.

Wenn man Virginie in die Kategorie der Phänome reihen konnte, dann mußte man gestehen, daß Fumeron und seine Eltern auch nicht gerade gewöhnliche Individualitäten verkörperten.

Während Virginie ihr männerlockendes Schmaroderdasein längs der Avenue des Gobelins führte, lebte der 23jährige Fumeron behaglich mit den Händen in der Hosentasche: eine ziemlich seltene Eigenschaft in dem Quartier, wo man sonst — mit erhobenen Fäusten — vom 17. bis 25. Jahre schwer zu kämpfen hat. Er, Fumeron, hielt sich abseits von allem: von der Arbeit wie vom Militärdienst, denn er sah sich als Deserteur, ohne es zu wollen, ganz unschuldig: auf Ehrenwort!

Beweis: Fumeron, vom 20. Jahre der Rekrutierung von Paris zugehörig, wurde in ein östliches Regiment, in Toul, eingestellt. Nach sechs Monaten war er mit einem Urlaub von vierzehn Tagen heimgekommen und, wahrhaftig ohne schlimmen Vorfall, doch nie wieder dahin zurückgekehrt.

Der Fahrpreis, der vierte Teil der gewöhnlichen Karte, nach Toul beträgt 7 Franken. Dreimal zeigte Fumeron den guten Willen, zu reisen; er hatte sich ganz verständig nach dem Ostbahnhof, mit dem nötigen Geld versehen, auf den Weg gemacht, und dreimal war er auf Veranlassung von Kameraden, infolge von Begegnungen, Zufällen und Weinstuben, an dem Schalter ohne Geld für sein Billett angelangt.

Das erstemal würde er gerade am Ende seines Urlaubs wieder eingetroffen sein, das zweitemal hätte er eine nicht beträchtliche Verpütung gehabt und das drittemal wäre er gerade noch dort gewesen, ehe man ihn als Deserteur erklärte.

Als die letzte Frist verstrichen, wurde es jedermann klar, ebenso seinen Eltern wie der Virginie, daß er ganz ruhig in Paris bleiben mußte. Er war ein regelrechter Deserteur, sein Fall blieb allerorten der nämliche: zwecklos sich vom Fleck zu rühren, nichts zu machen gegen ein Unglück von überlegener Gewalt.

Er hatte seinen Militäranzug abgelegt und war wieder wie vorher — der Pächter genannter Virginie geworden, ohne sich zu verbergen oder die Wohnung zu wechseln, ohne aufzuhören, die Eltern zu besuchen. In zwei Jahren hatte die Militärgewalt ihn nicht gefapert, so undurchdringlich äußerte sich die im Quartier bestehende Solidarität.

Eisige Sicherheitsagenten kannten Fumeron; sie hüteten sich auf Grund einer klugen Schlussfolgerung sehr, ihn festzunehmen: „Das ist ein Mann, der Hoffnungen erweckt; er ist schon Deserteur, also abwarten; er wird sicher noch etwas Folgeschwereres begehen. Man muß mit seinen Erwartungen haushalten.“ Der Polizeikommissar war von der nämlichen Idee geleitet:

„An ganz unbeschränkter Weise,“ sagte er, „muß man das sich entwickeln lassen. Die Festnahme eines Deserteurs ist magere Ausbeute, der Kriminalpolizei unwürdig... und außerdem geht das die Gendarmerie an. Jeder seinen Dienst...“

Fumerons Eltern waren seit fünfzehn Jahren in dem nämlichen Hause, auf der Rue de Gobelins, Portiers; überflüssig zu erwähnen, daß sie sich der allgemeinen Achtung erfreuten.

Die Mutter war ein „Artistenkind“ gewesen; sie hatte einst auf den Brettern als Kunstreiterin, Chanteuse, „utilite“ paradiert, und das aus dieser glorreichen Epoche eine festgewurzelte Komödianterie beibehalten, die übertriebene Sprechweise des Melodrams, ein Bedürfnis nach theatralischen Posen, die jedesmal durchbrachen, wenn sie zu zahlreich Traubenbranntwein getrunken.

Seit zwei Jahren spielte sie in den Stunden, wo sie angeheitert, eine glänzende, rührende, deklamatorische Rolle: sie war „die Mutter des Deserteurs!“ Man mußte sie sehen, hören, in der Loge, im Hausflur, vor den Geschäften; sie

stellte dar, stand auf der Szene im „Ambigu“, ihr tragisches Organ erklang die höchsten Töne, ihr großartiges Mienenspiel kam zur Entfaltung:

„Das Herz einer Mutter ist so zart! Für mich gibt es keine Ruhe, kein Glück mehr, alles ist aus. Ich bin die in Tränen aufgelöste Mutter, die Tag und Nacht zittert. Denken Sie doch, sich hoffnungslos sagen zu müssen: mein Sohn ist Deserteur! Ueberall, im Verborgenen, in der Dessenlichkeit, auf der Strafe, in meinem Schummer höre ich eine verhängnisvolle Stimme, die mir ins Ohr schreit: Deserteur! Deserteur! Und dann fürchte ich beständig, daß er ergriffen, denunziert, verurteilt wird; er ist so leicht erkennbar durch seine Schramme an der rechten Wange, die Chauffeurmütze, seinen kastanienbraunen Samianzug, und weil er drei Minuten von hier wohnt, in Nr. 185 der Avenue, fünfter Stock, die Tür gegenüber, und alle Tage um 11 Uhr hierher kommt, uns zum Frühschoppen zu besuchen! Ach, ich müßte ihn trotz meiner weißen Haare zu verteidigen!... Man soll nur kommen, ihn suchen!... Nein, mein Herr, nein, meine Dame, nichts wird mich zwingen, mein Kind zu verleugnen! Ich werde weiter mein Leben ihm zum Opfer bringen, wie ich jetzt tue. Mein Leben wird in Heroismus endigen! Um so mehr, als, von seiner Desertion abgesehen, mein Sohn lauter gute Eigenschaften hat: es gibt keinen anständigeren Menschen, fast niemals prügelt er seine Frau, die Virginie, die trotdem nicht ohne Fehler sein soll... wenn das bloß ihre Geschäftigkeit wäre... Und begabigt ist er! so, daß er betrunken noch viel entzückender ist, als nüchtern! Da ist er so, meine Dame, daß man ihn die ganze Zeit betrunken haben möchte!... Und Sie sollen sehen, mein Mutterherz leistet so vielen Qualen Widerstand!“

Selbst der Vater, ein ehemaliger Maschinist, erhob sich, wenn er etwas zuviel Traubenbranntwein hinter die Linde gegossen hatte, bis zu moralischer und bürgerlicher Größe: er wurde antike Persönlichkeit, der alte Römer, der fähig war, seinen Sohn mit eigenen Händen auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern.

Frau Fumeron-Mutter war eine sehr gute Freundin der Coqueho; sie beteiligte sich an deren pharmazeutischen und wahlagerischen Kniffen, und mit oder ohne Wissen lieferte sie Beiträge für die humoristische Zeitung, die die dienende Kundtschaft so schätzte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Uhr.

Von Georges Maurevert.

Nicht Euch nicht lächerlich mit Euren Behauptungen! Paris soll schlaff und entnerot sein? Paris bleibt Paris, das Substrat aller Tugenden und aller Laster, alles Häßlichen und alles Schönen, aller Schande und allen Heldentums! ... Nur muß man das alles zu entdecken wissen! Es ist eine harte Arbeit, aber sie lohnt! Ich kann da etwas mitreden, meine lieben Freunde! Ich habe Rezonville, Gravelotte und Orléans mitgemacht, habe die Kommune bekämpft!

Alle im Klub wußten, daß das beste Mittel, aus dem alten Soldaten eine Geschichte herauszulocken, war, ihn seinen Betrachtungen zu überlassen. Auch diesmal gelang der Trick.

„Paris entnerot, schlaff, Paris!“ knurrte er leise vor sich hin... Ich möchte Euch mal sehen, Euch allefami! — Als es sich für die Verfallener darum handelte, Paris zurückzunehmen, Paris!... Viertel für Viertel!... Strafe für Strafe... Haus für Haus... Da hättet Ihr sehen können, ob Paris entnerot ist, wie Ihr sagt... Und wenn nur Männer gegen uns gewesen wären, das wäre noch angegangen... Es war schon sehr schlimm, daß man gegen seine eigenen Landsleute feuern mußte, nachdem man es sechs Monate gegen die Preußen getan hatte... aber es gab da auch Greise, Frauen und mutige Mädchen, — Kinder! Wenn ich Rheumatismus im linken Arm habe, so verdanke ich das einer schönen Teufelin von Mädchen, die mit wehenden Haaren, wogendem Busen — mein Schnurrbart gefiel ihr — eine drollige Geschichte übrigen, die ich Euch einmal erzählen muß — mir von einer Barrikade einen Chassepot in die Schulter jagte — Sogar Kinder waren dabei. Ja, hört mir zu und sagt mir, ob Euch das nicht einen weihenollen Begriff von herzzerreißendem Heldentum gibt, das man an jeder Straßenecke in diesen Tagen des verfluchten Aufstands entdecken konnte!... Es war am Donnerstag, den 25. Mai — zwei Tage, bevor ich von der Amazone, von der ich eben sprach, verwundet wurde. Ich war damals Kapitän im 6. Regiment, Korps Clinchant. Die Rue de Rivoli war kaum wiedergewonnen, mit welchen Anstrengungen, weiß Gott allein!... Ich habe da an der Rue de l'Oratoire du Louvre einen meiner besten Freunde, den Leutnant Médard, gelassen, der wie ein Löwe den ganzen Feldzug gekämpft hat, ohne daß ihm das Geringste widerfahren ist, und den eine dumme Kugel, als er auf einer Barrikade die Fahne hißte, sofort niederstreckte. Es handelte sich für uns darum, bis zu den Places von Château d'Eau und la Bastille vorzudringen, um die Kommunisten mit Hilfe der Korps Admiral, Ciffen und Binoy in die Stadtviertel von Belleville und Réinmontant zurückzudrängen. Auf dem Plan ist das alles ein Kinderspiel, aber in Wirklichkeit war es die Hölle. Die Kräfte des 5. Korps wußten eine ähnliche Aktion im 3. Arrondissement in den engen, verfallenen Gassen des alten Paris auszuführen, in den Straßen Saint Martin, Beaubourg, du Temple, des Arcades, Bielle du Temple usw. Wahre Mördergruben, besonders damals...

Meine Kompanie hatte Befehl, die Rue du Temple zu reinigen, einen Schlupfwinkel der Aufständischen... Barrikaden alle hundert Meter, an allen Ecken der Straßen, die wir stürmen oder mit dem Bajonett eine nach der anderen ausheben mußten. Die Soldaten durchsuchten alle Häuser, die nicht ihre Türen und Fenster offen stehen hatten... Schwarzes Pulver an den Händen, militärische Abzeichen genügend, um die Leute allefami zu verurteilen. Fürsibar! Die meisten starben bewunderungswürdig... Ein Mädchen auf den Lippen stellte sie sich selbst an die Mauer, entblößte die Brust... Arrraan! Und man ging weiter.

Wir hatten die Barrikade der Rue Montmorency und Chapon heruntergerissen. Die Insurgenten hatten sich am Square du Temple zusammengedrängt.

Es war 2 Uhr nachmittags, die Sonne brannte heiß. Ich erinnere mich noch, uns rann der Schweiß über die Gesichter. Um uns einen Augenblick auszuruhen, und einen Bissen zu genießen, machten wir hinter der Barrikade in der Rue Chapon halt. Aus den Nachbarstraßen hörte man feuern.

Der Ort, an dem wir uns befanden, schien relativ ruhig, aber wir waren auf unserer Hut — und die Gewehre waren geladen. Höflich sahen wir im Vauschritt den Posten, der die Straßen Passourelle und Crapilliers bewachen sollte, heranziehen.

„Achtung, Herr Hauptmann! Eine Bande kommt aus der Rue Passourelle!“ Ich befahl meinen Leuten, sich hinter der Barrikade still zu verhalten und die Ereignisse abzuwarten.

Ich erkletterte die Barrikade, die in der Gasse aus Pflastersteinen, Mauerwerk und Bogenteilen errichtet worden war, sah die Posten hinter einer Schießscharte zwischen zwei Steinen und einer Matratze und wartete...

Ein Bengel von fünfzehn Jahren erschien an der Ecke der Rue Passourelle. Er trug ein Käppi der Rationalgarde, und seine blaue Bluse war von einem roten Gürtel gehalten, in dem ein Revolver und ein Säbelbajonett steckte... In der Hand trug er ein Gewehr.

Die Straße, die mit Leichen und Kommunisten bedeckt war, erschien ruhig... Das ließ ihn zweifellos glauben, daß die Barrikade verlassen wäre und daß wir durch die Rue Montmorency oder Handlrettes abgerückt seien.

Er gab ein Zeichen, und ich sah plötzlich etwa fünfzig Insurgenten auftauchen... Sie hielten eine kurze Beratung ab, dann stürmte der Junge vor.

Ich sehe ihn noch vor mir, wie er voller Sorglosigkeit auf die Barrikade losstürmte, ganz stolz über seine Bedeutung. Meine Leute warteten dahinter, die Hand an die Flinten gelegt... Ich winkte ihnen mit der Hand ab und gebot ihnen mit einem Augenblinzeln Ruhe.

In zwei Sätzen hatte der Bengel die Barrikade erklettert — und blieb wie versteinert stehen, als er uns bemerkte... „Schrei nicht, oder du bist des Todes!“

Ich machte mir seinen Schreck zunutze, ergriff ihn an einem Fuß und warf ihn hinter die Barrikade zu meinen Leuten. Aber — bevor man ihn noch daran hindern konnte, sprang er auf und schrie, die Hände als Sprachrohr benutzend, aus Leibeskräften: „Zurück! Feinde!“

Und während die Soldaten die Barrikade erkletterten, waren die Kommunisten verschwunden, gerettet durch den infamen Bengel. Zwei Männer hatten ihn entwaffnet und hielten ihn fest. Er war der Typ eines Pariser Gassenjungen, blond, sommerprossig, mit Stupsnase und frechem heißen Blick!

Er spöttelte in seinem Vorstadtjargon: „O weh, o weh! Welch Pech!... Ich wollte gerade nach Hause laufen!... Ich wohne hier nebenan in der Saint Koopegasse...“

„So, du wolltest nach Hause, du Bengel?“ sagte ich zu ihm.

„Was wolltest du denn dort damit anfangen?“

Ich zeigte dabei auf seine kriegerische Ausrüstung: Revolver, Säbel, Gewehr...

„Ach, wissen Sie, Herr Hauptmann,“ erwiderte er scherzend, „manchmal kommt man in schlechte Gesellschaft!“

„Dein Fall liegt ganz klar!“ sagte ich, um zu Ende zu kommen, „rauf an die Wand!...“

Schlecht maskiert!



Nur ein Schaf kann sich täuschen lassen!

Die Befehle lauteten ausdrücklich: Jeder Aufständische, der bewaffnet angetroffen wurde, muß sofort erschossen werden. Meine Leute zielten schon... da wandte der Bengel sich zu mir:

„Hören Sie, Herr Hauptmann, es ist wirklich kein Schwindel, was ich Ihnen da sage. Ich wollte gern nach Hause, hier ist der Beweis...“

Und er zieht aus seiner Tasche eine alte silberne Uhr, die in Papier eingewickelt ist.

„Es ist die Uhr meiner Mutter, sie ist hier nebenan Portierfrau... Sie hat sie bei dem Uhrmacher in der Rue Portefoin zur Reparatur gehabt, und ich habe sie ihr eben abgeholt... Darf ich sie ihr noch bringen? ... In zwei Minuten bin ich wieder da.“

„Du kommst mich meinen Kopf kosten, Junge...“

„Ich schwöre es Ihnen Herr Hauptmann, ich komme gleich wieder.“

„Du wirst mir hier Märchen erzählen! Deine Mutter läßt dich doch nicht wiederkommen.“

„Aber denken Sie denn, daß ich ihr etwas davon sage?“

Verdammter Bengel! ... Er schien aufrichtig zu sein, und ein Mitleid stieg in mir auf... So jung und sterben! ...

„Allo,“ sagte ich, ganz sicher, daß ich ihn nicht wiedersehen würde, „erlebige das noch und komme dann wieder...“

„Aber rasch!“

„Ich danke Ihnen, Herr Hauptmann...“

Und er lief wie ein Befessener in die Saint Koopegasse.

„Sie haben Unrecht getan, Herr Hauptmann!“ sagte ein Leutnant zu mir, „diese Bengel sind oft gefährlicher als Männer. Das muß man im Reim erkunden...“

„Aber mein Lieber, etwas mehr Menschlichkeit, zum Teufel! ... In diesem Alter hat man noch keine Verantwortung... Weiß er denn überhaupt, was er tut? Wir müssen weiter, vorwärts!“

Die Soldaten rafften ihre Sachen zusammen und machten sich zum Abmarsch bereit...

„Hier bin ich, Herr Hauptmann, hier bin ich! Hat man mich vergessen? ... Ich bitte um Verzeihung, man ließ mich nicht gleich wieder fort.“

Ich wandte mich um... Er stand vor mir, der unglückliche Bengel, ganz rot im Gesicht, offen und aufrichtig.

„Hier bin ich!“

Ich ging zu ihm und legte ihm die Hand auf die Schulter. Er glaubte zweifellos, daß ich ihm das Gesicht fortzuziehen wollte, um ihn von rückwärts zu erschrecken. Er sah mich vorwurfsvoll an, Tränen standen an seinen Wimpern.

„O, Herr Hauptmann ich habe keine Angst.“

„Ich weiß es, du Lump, ich weiß es!“

Ich stieß ihn vor mir her und gab ihm einen ordentlichen Tritt.

„Daß dich wo anders herunterschleßen. Rasch, fort, aber so rasch du laufen kannst.“

Und diesmal ging er langsam, ohne sich zu beeilen, die Hände in den Taschen, sah sich hin und wieder nach mir um, und fragte sich wohl, was es bedeuten sollte, alle diese Ungerechtigkeiten und falschen Rechtsbegriffe.

O du Beonidas der Strafe, Held der Gasse!

Die Zukunft, meine Herren, wird dem gehören, der diese herrlichen, mehr unwissenden als schlechten Kräfte zu nutzen versteht.“

(Berechtigter Uebersetzung von Alice Reumann.)

Mehr Süßigkeiten! In Amerika hat die Vereinigung der Konfektfabrikanten eine Million Dollar für einen Propagandafeldzug ausgemessen, der die amerikanische Nation auffordern soll, mehr Süßigkeiten, Konfekt, Pralinen, Schokoladen usw. zu vertilgen. Die Fabrikanten beabsichtigen, Gutachten von medizinischen Autoritäten ins Feld zu führen, aus denen hervorgeht, daß der Genuß solcher Dinge für die Gesundheit außerordentlich nützlich ist. Uebrigens haben die Amerikaner schon bis jetzt keinen geringen Konsum an Konfekt gehabt; der Betrag, der im Jahre 1925 hierfür ausgegeben wurde, wird auf 750 Millionen Dollar geschätzt.

Die „Riesendrach“ Ostindiens.

Die Gerüchte, daß es in Hollandisch-Ostindien riesige „Drachen“ gäbe, haben vor dem Kriege großes Aufsehen und noch mehr Un- gläubigkeit hervorgehoben. Die Möglichkeit des Vorhandenseins solcher Riesendrachens konnte auch von der Wissenschaft nicht geleugnet werden, denn es gab in der Urzeit Eidechsen von 20 und 30 Fuß Länge, und ihre kleineren Nachkommen leben noch heute. Die „Kabra Gona“ von Ceylon und der sogenannte gestreifte Monitor von Ostindien erreichen beide eine Länge von 9 Fuß, und ein Exemplar der letzteren Gattung von 7 Fuß 7 Zoll Länge befindet sich im Londoner Zoologischen Garten. Aber selbst der gestreifte Monitor ist unbedeutend im Vergleich zu der Rieseneidechse derselben Familie, die bis 1912 nur einigen wenigen Zoologen bekannt war.

Die Gerüchte von einer Drachenart, die in Höhlen im Innern der Insel Komodo im Molaischen Archipel leben sollte, wurde 1912 durch einen nüchternen Bericht bestätigt, den der holländische Naturforscher Dumens in der Zeitschrift des Botanischen Gartens von Buitenzorg auf Java veröffentlichte. Komodo ist ein sehr dünn bevölkertes, baumloses Inselnland, das zwischen den größeren Inseln Flores und Sumbawa liegt. Es ist von den größeren Inseln durch zwei sehr gefährliche Meeresströme getrennt, durch die die Gezeiten zweimal täglich mit gewaltiger Schnelligkeit rasen. Da es hier keinen guten Landungsplatz gibt, so wurde die Insel nur selten besucht, und die Drachen, die bis 30 Fuß lang und sehr gefährlich sein sollten, blieben lange eine Märe. Dumens gab eine einfache Erzählung von Tatzachen. Zwei Holländer, einer von ihnen ein Beamter von Flores, hatten Komodo besucht, zwei kleine Drachen geschossen und das Vorhandensein viel größerer Exemplare festgestellt. Ein japanischer Sammler hatte dann ein 9 Fuß langes Tier getötet und zwei Junge, wenig über 3 Fuß lang, mitgebracht, die in der Gefangenschaft bis zu 8 Fuß heranwuchsen. Die Haut des getöteten Tieres wurde nach dem Naturhistorischen Museum von Leiden geschickt. Dumens nannte diese neue Art, die zu der Eidechsenfamilie der Varanen gehört, „Varanus komodensis“.

Der Krieg lenkte die Aufmerksamkeit von diesem Drachengeschlecht ab. Nunmehr hat aber eine amerikanische wissenschaftliche Expedition die Riesendrach der Insel Komodo genau erforscht und nach einem Bericht der „Times“ die Angaben von Dumens bestätigt. Man hat mehrere Exemplare von 13 Fuß Länge erlegt; Tiere von 20 Fuß Länge gesehen und über ihre Lebensweise reiches Material gesammelt. Daß die größten Exemplare nicht geschossen werden konnten, liegt daran, daß die Eingeborenen den Jägern jede Hilfe verweigerten. Man fürchtet nämlich die ungeheure Kraft und Wut dieser Tiere, die imstande sind, die halbwildigen Pferde der Insel zu töten und zuweilen mehrere zusammen Wüdeber besiegen. Ihre langen gelben Zungen, die gezackten Kämme auf ihren Rücken und Schwänzen, ihre Gewohnheit, sich des Nachts in Höhlen und Löhern zurückzuziehen, stimmen durchaus mit den mittelalterlichen Berichten über die Erscheinung und Gewohnheiten der Drachen überein.

Alle Eidechsen der Varanenfamilie sind gefährlich, auch wenn sie viel kleiner sind. Sie benutzen ihre kräftigen Schwänze als Waffe, um andere Tiere zu fangen, und können mit einem Schlag leicht einem Menschen die Beine zerbrechen. Sie sind sehr schnell, und ihr Biß ist fürchterlich; außerdem gebrauchen sie ihre gefährlichen Klauen. Jäger, die diese Tiere kennen, stimmen darin überein, daß man leichter ein Krokodil als solch eine Eidechse fangen kann. Monitorrechen von 4 Fuß Länge verschlucken mehrere Ratten ganz, und die Komododrachens werden durch ihre Stärke und ihre Klauen dem Großwild gefährlich. Während des Krieges besuchten zwei deutsche Sammler Komodo auf einem molaischen Segelboot und hatten das Glück, einen 16 Fuß langen Drachen zu erlegen. Aber als sie das Ungeheuer an Bord des Schiffes gebracht hatten, wurde es wieder lebendig, zerriß seine Fesseln, brachte das Boot zum Kentern, so daß die Insassen fast ertrunken wären, und verschwand im Meer. Da man fürchtet, daß man nach dem Bekanntwerden dieser Drachenart ihre Ausrottung als einen gefährlichen Sport betreiben könnte, will die holländische Regierung die Tiere, die nur auf der kleinen Insel Komodo und auf Labuan Baijo, dem westlichen Ausläufer von Flores, vorkommen, unter Schutz stellen, um diese letzten Nachkommen der vorhistorischen Drachen zu erhalten.

Wandlungen des Klimas.

Die letzten Jahre und sogar Jahrzehnte haben eine so starke Verschiebung der warmen Sommer und der kalten Winter gezeigt, daß man bisweilen eine vollkommene Veränderung unseres Klimas annehmen konnte. Der schwedische Astronom Swanse Arrhenius vertritt in seinem Buche „Erde und Weltall“ die Meinung, daß diese Wandlung des Klimas durch die Schwankungen des Kohlenstoffgehalts der Luft hervorgerufen werden. Diese Schwankungen sind vor allem während starker vulkanischer Zeiten eingetreten, weil ja die Gasmassen, die aus dem Erdinnern kommen, hauptsächlich aus Wasserdampf und Kohlenäure bestehen. Auch die Geologen teilen die Ansicht, daß das Klima durch das Freiwerden enormer Gasmassen in vulkanischen Epochen wärmer gewesen sei. Das Kohlenäuregas besitzt die Eigenschaft, die Wärmestrahlung entweder zu verflüchten oder zurückzuwerfen; es läßt sie also nicht in den Äther entweichen. Andererseits läßt es die Lichtstrahlen durch, ohne sich zu erwärmen. Die Kohlenäure und der Wasserdampf lassen die Lichtstrahlen der Sonne ungeschwächt auf die Erde gelangen, aber nicht die von der erwärmten Erde ausgehenden Wärmestrahlung in den Luftraum hinausgehen.

Arrhenius hat nun berechnet, daß ein Verschwinden der geringen Kohlenäurebeimengung der Luft eine Erniedrigung der Temperatur auf der Erde um etwa 21 Grad bedeuten würde. Die mittlere Temperatur würde dann auf 9 Grad Kälte herabsinken. Die Folge davon wäre eine solche Verminderung des Wasserdampfes in der Luft, daß der wesentliche Wärmeschutz der Erde verschwinden würde und damit die Abkühlung der Erde bis auf 40 Grad Kälte sinken würde. Je nach der Vermehrung oder Verringerung der Kohlenäuremenge in der Luft gehen wir demnach kälteren oder wärmeren Zeiten entgegen. Bei der Annäherung einer tropischen Zeit würde sich wahrscheinlich eine starke Wolkenschicht über der Erde lagern, die die Sonnenwärme in den oberen Luftschichten zurückhält, so daß auf dem Erdboden eine starke Luftbewegung vorhanden wäre.

Nach Arrhenius sprechen manche Anzeichen für eine Zunahme des Kohlenäuregehalts der Luft in der letzten Zeit. Es zeigt sich aber, daß dieser Kohlenäuregehalt über dem Meere um 10 Proz. geringer ist als über dem Festlande. Das Meer verbraucht mehr Kohlenäure, aber früher mit einer Luft in Verbindung gestanden, die ärmer an Kohlenäure war. Demnach scheint das Klima in Westeuropa wohl etwas wärmer zu werden, weil es mehr Seeklima wird. Die Gletscherbildungen in den Alpen gehen in der Tat fast alle zurück, auch die Spitzbergen und der Bäreninsel wurde in den letzten Jahren ebenfalls ein bedeutender Rückgang der Gletscherbildungen beobachtet. Sicher würde die augenblicklich anscheinend vorhandene Zunahme der Kohlenäuremenge der Luft sich bemerkbar machen, wenn nicht das Meer so viel davon verbrauchte. Auch die Zerlegung der Kohlenäure der Luft durch die Pflanzen reguliert diese Veränderung sehr stark, so daß ganz wesentliche Wandlungen des Klimas einstweilen noch nicht bevorzugen dürften. Immerhin ist nach Arrhenius die Annahme nicht von der Hand zu weisen, daß in den kommenden Jahrzehnten die Winter etwas wärmer, die Sommer etwas kälter werden.

